



von der Reichsregierung: Bringen Sie die deutsche Bauwirtschaft wieder in Gang! Reissen Sie die hunderttausende arbeitslose Bauarbeiter heraus aus dem Elend und leisten Sie damit nicht nur eine wirtschaftliche, sondern eine staatspolitische Tat, indem Sie diesen Menschen wieder den Glauben an ihren Wert und Zweck im Staate geben! Sehen Sie in die Tat um, was der Herr Reichsfinanzminister am 14. Oktober 1931 im Reichstag sagte: „Es wird nicht möglich sein, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, wenn man nicht“

die Bauwirtschaft als Schlüsselgewerbe wieder ankurbelt. Wir wissen sehr wohl, daß es das Kernproblem der Krise ist, ob es uns gelingt, die Hunderttausende von Bauarbeitern wieder in den Arbeitsprozeß einzubringen. So ist es heraus aus der Not führt uns nur Arbeit und in erster Linie Bauarbeit! (Stämmischer Beifall.)

**So geht das nicht!**

In der Zeitschrift „Weg zur Freiheit“ erörterte kürzlich der Reichsarbeitsminister seine Gedanken über die Lohnpolitik in den nächsten Monaten. Die Zahl der Kündigungen von Tarifverträgen sei wir hatten das unschwer vorausgesehen — sehr groß. Für etwa sechs Millionen Arbeiter und Angestellte seien Lohn- und Tarifverträge kündigt worden. Eine allgemeine Lohnsenkung sei nicht fragbar, jedoch müßte in einer Reihe von Fällen „nachgeprüft“ und in einzelnen Werken oder Arbeitergruppen, besonders in den für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien (Bauarbeiter, merkt Dr. Stegerwald ab), der Lohn gekürzt werden. Eine Vorkategorie des Inhalts, die jegliche Lohnhöhe allgemein festzulegen, lehnt Stegerwald ab. Wo Herabsetzungen notwendig seien, müßte diese in vollem Umfange geschehen, um das Lohnniveau endlich „zur Ruhe“ zu bringen. In den Tarifverträgen sollen wesentliche Veränderungen nicht vorgenommen, jedoch soll darin die Entlohnung des Arbeitskraft mit Rücksicht auf die allgemeine Kurzarbeit herabgesetzt werden. Tarifverträge können auf ein Jahr, Lohn- und Gehaltsabkommen jedoch nicht über den Herbst dieses Jahres hinaus festgelegt werden.

Wir kennen die Weise und den Art. Ähnlich, aber weniger deutlich hat sich unser starker Widerstand Dr. Stegerwald auch auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress ausgelassen. Im übrigen überführt in dieser Frage eine Ansicht die andere. Vor Veröffentlichung des oben erwähnten Auflasses ließ der Reichsarbeitsminister ein Demotest los, worin er sagte, er habe kein Wort davon gesagt, daß weitere Gehalts- und Lohnkürzungen in Aussicht ständen. Aber zu dieser Zeit war der oben zitierte Aufsatz schon geschrieben, auch die Annahmen an die Schlichter waren hinausgegangen. Und an den Schlichterproben, die bisher gefällig wurden, sieht man, daß die Schlichter gemäß dem Aufsatze in „Weg zur Freiheit“ instruiert sind und danach handeln!

Unter diesen Umständen wird das Schlichtungsverfahren zur Farce. Wohlerwogene und berechtigte Gründe gelten vor den Schlichterkammern nichts. Dort gilt nur die Instruktion des Reichsarbeitsministers. Und die schreibt vor, daß in den für den Binnenmarkt arbeitenden Industrien die Löhne gekürzt werden müssen. Nun liegt es mit dem „Binnenmarkt“ so, daß ungefähr für alle Berufsgruppen der „Binnenmarkt“ als Schlaggebend ist. Folglich wäre anzunehmen, daß Stegerwald tatsächlich allgemein auf dem bestmöglichen veränderlichen Wege weitermarschieren und die Löhne noch mehr, als bisher geschehen, senken will.

Herr Reichsarbeitsminister, so schafft man wohlthätig keine Verabingung! Ihr Verfahren grenzt an Mißbrauch der Schlichtungsordnung. In Ihren zwei Augen scheint nur der Lohn Berechtigung zu haben, den Sie für richtig befinden! Und zwar für richtig befinden nach den Intentionen des Unternehmeriums! Wir möchten ferner Aufklärung haben über einen Widerspruch in dem zitierten Aufsatz Dr. Stegerwalds. Danach will er nunmehr Lohnherabsetzungen in vollem Umfange vornehmen lassen, um das Lohnniveau endlich zur Ruhe zu bringen. Ja, warum denn dann die Festlegung der Lohn- und Gehaltsabkommen nur auf ein Jahr? Was ist das? Will man damit den Unternehmern nicht schon wieder einen Triumph in die Hand, gibt man ihnen nicht damit schon wieder einen zarten Wink, zum Herbst auf dem verdrückten Pfade des Lohnabbaus fortzuschreiten? Was ist das für eine Arbeiterpolitik, Herr Reichsarbeitsminister? Befinden Sie sich denn vollständig im Schleppschlepp des Unternehmeriums, so daß Ihnen die Not und das Lebensniveau der deutschen Arbeiterklasse vollständig gleichgültig geworden ist? So geht das nicht! Es ist höchste Zeit, daß der Kurs im Reichsarbeitsministerium anders herumgelegt wird, sonst wird bald einmütig in Deutschland der Ruf erklingen: Das Reichsarbeitsministerium ist keine Instanz zur unparteiischen Schlichtung bei Streitigkeiten in Lohn- und Tariffragen, sondern es ist nackt und bloß ein Lohnabbauministerium!

**Manifest der Gewerkschaftsinternationale.**

Nach eingehender Aussprache hat die in Genf tagende Internationale Gewerkschaftskonferenz das Büro beauftragt, das Ergebnis des Kongresses in einem Manifest an die Arbeiter aller Länder zusammenzufassen. In dieser Rundgebung wird zunächst der Grund angegeben, der zu dieser Konferenz Veranlassung gab. Das ist die Weltkrise. Die von 82 Vertretern von Gewerkschaftsorganisationen aus 28 Ländern bestellte Konferenz war in Aussicht genommen worden und im Vorhinein die Rundgebung der Einheit im Willen, im Handeln und im Reden. Dem Aktionsprogramm des IGBB wurde einmütig zugestimmt, ebenso dem Auftrag an das Büro, einen Appell an alle Arbeiter der Welt zu richten. In diesem Appell heißt es unter anderem:

Durch die Größe und Tiefe der Krise und angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus zu ihrer Überwindung wird die Durchführung der vom organisierten Weltproletariat ausgehenden und geforderten Lösungen dringender und gebietlicher. Unter allen von der Konferenz geforderten Lösungen müssen die Arbeitszeitverkürzung, die Aufrechterhaltung der Löhne und Steigerung der Konsumkraft der großen Massen besonders hervorgehoben werden. Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen muß auch ein ausgeprägtes Programm nationaler und internationaler Arbeit stehen. Eine Organisation und strenge Kontrolle der internationalen Arbeitspolitik und ein unerbittlicher Kampf gegen die unnlässige Verschwendung der Rüstungen

muß die nötigen Mittel für die Verwirklichung der gesamten Forderungen sichern.

Weiter heißt es, die Wirtschaftslage könne sich nicht bessern, solange die Reparationen und internationaler Schuldlasten, bedrückende Forderungen gefunden haben und die verantwortlichen Staaten nicht geneigt sind, entschlossen und unter Mithilfe der Arbeiterorganisationen den Weg einer methodischen Organisation der großen Wirtschaftszweige und des internationalen Austauschs zu beschreiten.

Einmütig betonte die Konferenz den Willen für alle Maßnahmen zum Schutze und zur Erleichterung für die Opfer der Krise. Überall und ausnahmslos müssen die Arbeitslosen durch Arbeitslosenversicherung unterstützt und alle Angriffe gegen die Sozialgesetzgebung energig zurückgeschlagen werden. Die Koalitions- und Meinungsfreiheit ist unantastbar. Mehr denn je ist es heute Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen, national und international die aufgelisteten Forderungen solidarisch zu erfüllen. Dem kapitalistischen Block müsse im Namen des höchsten Interesses der Arbeiterklasse der proletarische Block entgegengeführt werden. Die Parole der Arbeiteraktion klingt dahin aus: Vereinigt euch zur Verwirklichung der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz aufgestellten Forderungen! Sie allein sind geeignet, die jetzige Lage zu bessern!

**Neue und Erkenntnis in Unternehmerkreisen?**

Die „Deutsche Tiefbauzeitung“ brachte in ihrer Nr. 12/13, vom 26. März, eine Rundgebung des Vorstehenden des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes, Herr Dr. Ing. Adolf Raft, Berlin. Diese Rundgebung ist zugleich eine Ermahnung an die Tiefbauunternehmer, der Wirtschaft eine Ermahnung, der mit seinen zum Ruin getriebenen Kollegen hilft und eine temperamentovolle Anklage erhebt gegen jene, die das Baugewerbe in Deutschland entweder aus Unkenntnis oder absichtlich ruinieren. Herr Dr. Raft:

„Haben diejenigen, die berufen sind, den Staat und seine Wirtschaft zu erhalten und zu führen, überhaupt eine Vorstellung davon, daß durch die Verwirklichung der Anschauungen über die Notwendigkeit des Bauens nicht nur einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige zum Absterben verurteilt wird, sondern daß auch durch die unbewußt, aber man möchte sagen planvoll geforderte Zerstörung der Bauwirtschaft gleichzeitig als Keime für einen zukünftigen Wiederaufstieg der Weltwirtschaft vernichtet werden? Als ich vor etwa Jahresfrist den Begriff der „Psychole gegen das Bauen“ prägte, konnte ich nicht voraussehen, daß wir damals erst am Anfang dieser geistigen Einstellung standen. Heute kann ich mir vorstellen, daß diese krankhafte, auf falschen wirtschaftlichen Voraussetzungen beruhende Einstellung erschreckende Fortschritte gemacht hat. . . . Jetzt begeht man Selbstmord aus Angst vor dem Tode.“

Wir können von unserm Standpunkt aus nicht behaupten, daß die Worte des Herrn Dr. Raft falsch wären. Wir teilen in weitgehendem Maße die von ihm auch weiter angeführten Gedanken und Vorwürfe. Aber, so müssen wir festhalten, haben den deutschen Bauunternehmer nicht ihr reichliches Maß an Wissen, dem deutschen Normalbürger auch in den höchsten Arbeitskraft gegeben müßte? Wir begreifen die Not jener gewerblichen Mittelschichten, die als kleine Bauunternehmer, als Fabrikbesitzer, als Schiffer und dergleichen von den Maßnahmen der Reichsregierung gegen das Baugewerbe mindestens ebenso sehr betroffen werden wie die Bauarbeiter, gegen die sich doch eigentlich nur der Stoß richten sollte. Aber der Unterschied zwischen ihnen und uns besteht darin, daß sie einer Psychole zum Opfer fallen, die sie voraussetzt und ihre Verheerung haben durch ihren Mangel an Bauarbeiterlöhnen. Bei den Bauunternehmern rückt sich auch in diesem Falle besonders, daß sie sich gegenüber den Unternehmerkreisen aus der Großindustrie niemals genügend Selbständigkeit bewahrt haben. Immer haben sie sich wohl befinden im Schlepptau der großindustriellen Unternehmer. Vielleicht hat mancher von ihnen sich ganz besonders gebumfiedelt gefühlt, wenn er von den Herren Generaldirektoren und sonstigen Großköpfen gewissermaßen gelegentlich als „Kollege“ angeredet wurde.

Die älteren Kollegen unter uns erleben heute etwas, was wir 1907 bei den sogenannten Wäldern-Wahlen im kleineren Maßstab bereits einmal hatten: jeder Schutzflücker oder Schutzrind hätte sich als Unternehmer, wenn er auch nur gelegentlich mit den Kollegen zusammenkommt, befähigt. Sinterher folgte der Kassenjammer. So auch jetzt; und jene Männer, die gewissermaßen auf Gehalt der Unternehmerverbände die jegliche „Generalanpassung“ der Bauarbeiter mittels behördlicher Maßnahmen begünstigen, haben nicht daran gedacht, daß die Bauarbeiter selbst unbefähigt sind, daß dagegen aber viele zehntausende mittelständliche Existenzen, die dem Baugewerbe, den Baubewerben oder dem Transportgewerbe angehören, die künstlich herbeigeführte Arbeitslosigkeit mit dem Verlust ihres Vermögens bezahlen. Sie sind proletarianisiert und werden vielleicht nie mehr ihre frühere Stellung erlangen können. Für die Bauarbeiter muß die Geschichte einmal ein Ende nehmen, und dann werden sie sich das, was man ihnen jetzt durch behördliche Maßnahmen nimmt, verhältnismäßig schnell wieder erkämpfen können. Bei ihnen ist dazu die genügende geistige und körperliche Elastizität vorhanden.

Was wir an dieser Stelle zu der Rundgebung des Herrn Dr. Raft zu sagen haben, richtet sich nicht gegen ihn als Person, sondern gegen die Art, wie die Organisation, deren Vorstehender er ist, im Verein mit den mit ihr befreundeten Organisationen in den letzten Jahren unausgesetzt an ihrem eigenen Ruin mitgearbeitet hat. Wir erinnern nur an die Stellung des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes zu den Stoffhandarbeiten, zu den Pflichtenarbeiten und zum freiwilligen Arbeitsdienst. Immer hat man nur Politik getrieben für den nächsten Tag, ohne daran zu denken, daß es sich einmal richten muß, wenn man wichtige Grundzüge des Geschäftslebens preisgeben hat.

Als wir die Rundgebung des Herrn Dr. Raft lasen, glaubten wir, die darin zutage getretene Erkenntnis würde von Dauer sein. Leider haben wir uns darin getäuscht. Denn in Heft Nr. 14 der „Baumwelt“ vom 7. April gibt Herr Dr. Raft seine Meinung über die Lohngestaltung im Baugewerbe in einem Aufsatz bekannt, der die Leberchrift

trägt „Warum Lohnsenkung im Baugewerbe?“ Im allgemeinen ergibt sich aus diesem Aufsatz, daß Herr Dr. Raft trotz seiner Rundgebung in Bezug auf die Behandlung der Arbeiterangelegenheiten immer noch nichts hingeliegt hat. Insbesondere beklagt er sich in der „Baumwelt“ darüber, daß die für die allgemeine Industrie vorgesehene Grenze des Lohnabbaus vom 10. Januar 1927 im wesentlichen Teil der Bauwirtschaft nicht erreicht worden ist. Besonders beklagenswert erscheint es ihm, daß in den untersten Ortsgruppen (flaches Land usw.) ein unbefriedigendes Ergebnis festgestellt werden müßte, daß im Durchschnitt der Abbau der unteren Drisklasse für Maurer „nur“ um 2 % für Bauphiltsarbeiter um 1,6 und für Tiefbauarbeiter um 0,7 % geringer sei als in den höchsten Drisklassen. Nach seiner Meinung wäre es notwendig gewesen, in den untersten Drisklassen einen zahlenmäßig höheren Abbau zu erreichen als in den Spitzenklassen. Wir müssen Herrn Dr. Raft daran erinnern, daß vor einigen Jahren besonders der Vertreter seines Verbandes bei Lohnerbhörungen stets forderte, daß auch in den zurückgebliebenen Gegenden und bei den Tiefbauarbeitern prozentual nur die gleichen Lohnherabsetzungen ausgeprochen würden als in den Großstädten. Haben wir nicht recht oft ganz erbittert darum kämpfen müssen, für unsere Kollegen in diesen Gegenden und diesem Beruf der Pfennignagel nach das gleiche zu erreichen als in Großstädten? Nach dem jetzigen Stande beträgt an nicht wenigen Stellen in den untersten Drisklassen für die Tiefbauarbeiter der Lohnabau je Stunde unter 50 %. Wenn nun Herr Dr. Raft in seiner Rundgebung so viel Mühe mit seinen eigenen Berufs-kollegen hat, daß ihm deren schicksalliche Ruin fast das Herz abdrückt, warum kann er dann von diesem Mittel nicht auch einen Teil für jene Tiefbauarbeiter aufbringen, die doch ganz genau mit einem Stundenlohn von 50 % und darunter nicht auf Rosen gebettet sind? Wir möchten doch gern wissen, wie Herr Dr. Raft es sich vorstellt, daß ein Arbeiter leben soll von seinem Lohn, der als Lohnstandsarbeiter zu irgendeiner großen Tiefbauarbeit aus der Stadt heraus in eine abgelegene Gegend mit niedrigem Lohn geschickt wird und der nun von diesem löchlichen Lohn die Familie ernähren soll, während er an der Baustelle doch auch noch leben muß und möglichst 10 leben muß, daß er die schwere Arbeit bauern verrichten kann! In früheren Zeiten behauptete man, in Deutschland beginne der Mensch gewissermaßen erst beim Leuten an f. Heute scheint es, als wenn in gewissen Kreisen die Ansicht besteht, daß der Mensch erst beim Unterehmer beginnt. Darauf sind wohl auch die Sätze zurückzuführen, die Herr Dr. Raft an den Schluß seines Artikels in der „Baumwelt“ gestellt hat:

„Es ist erforderlich, daß durch geordnete Vereinbarungen oder durch völlige Freiheit von den Tariflöhnen die Verhütung eintritt. Diese sozialpolitische Verbindung ist eines der dringendsten Erfordernisse für eine baldige Genesung der Bauwirtschaft.“

Das ist wirklich eine großartige Auslegung des Begriffs Sozialpolitik! Allerdings darf man sich über eine solche Auslegung nicht mehr wundern in einer Zeit, in der Reichsgelber an bankrotte Großbanken, Großunternehmer und Großagrarien zu Hunderten von Millionen hingebogen werden ohne entsprechende Gegenleistung. Andererseits Millionen hat man aus den Steuerrollen der Angestellten und Arbeiter eingemommen. Bei der „abgewandten“ Arbeit reichen die Mittel für einen Bauaufwand von 1 oder 2 % je Stunde für die Arbeiter eben nicht aus. Zudem begünstigt das Reichsarbeitsministerium durch die fehlende Mittelstandsverbindlichkeit die Lohnrückgänge der Unternehmer und beschützt gleichzeitig aus „pädagogischen Gründen“ junge Arbeiter für die Beschäftigung und ein kleines Sachgegend, womit der Lohnrückgang verdrückt wird. In diesen Rahmen paßt denn auch hinein, daß die gleiche Regierung versucht, den Schaden, den sie bei gewissen Krisen des Baugewerbes durch ihren Mangel an Voraussicht bei der „Bauarbeiteranpassung“ angerichtet hat, zu heilen. Zu den notleidenden Kleinunternehmern gehören nämlich auch die Wäldernschiffer. Diese werden nun durch eine Verordnung der Regierung in den Stromgebieten der Oder, der Elbe und den Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder zwangsweise in Schifferbetriebsverbänden organisiert, soweit sie nicht mehr als drei Fahrzeuge besitzen. Die Mitglieder dieser Schifferbetriebsverbände sind nach § 11 dieser Verordnung verpflichtet, bei Vermeidung von Brunnungsstrafen die von einer dazu ermächtigten Stelle für ein Stromgebiet festgelegene Schifferzahl zu halten.“ Mit andern Worten: Die Schifferkammer wird die Frachtpreise festlegen und wer sie unterbietet, wird bestraft bis zu 500 M. Eine prächtige Illustration zu der von Herrn Dr. Raft gewünschten Sozialpolitik! Auf der einen Seite große Sorge für das Wohlergehen der Unternehmer, auf der anderen Seite, daß es den Arbeitern zu wohl gehen könnte! So leben wir in Deutschland!

**Ist freiwilliger Arbeitsdienst wirtschaftlicher Ansturm?**

In Plauen wurde 1931 ein Teil einer neuen Straße zum Stadion mit Arbeitern im freiwilligen Arbeitsdienst hergestellt. Die Kosten beliefen sich außer der gezahlten Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung auf 20.300,10 M. Es wurde bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit 33 Wochen mit durchschnittlich 50 Mann gearbeitet. Dreimal wurde die Belegschaft, wie bei Wohlfahrtsarbeiten üblich, gewechselt. Sie erhielt an Entschädigung zu ihrer Unterstützung je geleistete Arbeitsstunde 20 % anfanglich 15 % und das Mittagessen, was bei Einführung von 20 % Stundenlohn weglief. Die Wohlfahrtsunterstützung betrug, da es sich nur um junge, ledige Arbeiter handelte, im Durchschnitt wöchentlich 6.— M. Das Stadtbauamt errechnete die Leistung, gemessen an freier Arbeit, wenn sie zu tariflichen Löhnen vergeben worden wäre, im Verhältnis wie 1:2. Nach einem Kostenantrag des Stadtbauamts in freier Arbeit zu tariflichen Löhnen würde eine Summe von 36.444,70 M erforderlich gewesen sein. Bei einer öffentlichen Ausschreibung wäre ganz bestimmt ein noch niedrigerer Preis herausgekommen. Trotzdem stellt das Stadtbauamt bei einer Ausgabe von 20.300,10 M einen Gewinn von 16.000.— M fest! Es freicht aber, da ja die Unterstützung auch als Ausgabeposten mit berechnet werden muß, von dieser herrlichen Gewinnrechnung 8000.— M ab. Diesen Satz stellt es nicht rechnungsmäßig fest, sondern nimmt ihn nur an. Dabei wird aber rechnungsmäßig festgestellt, daß die Zuschläge für 64.828 Std. gezahlt wurden. Das sind bei einer 40-Stundenwoche = 1615 Wochen x 6

Tag = 990 Tagewerke. Wenn nun wöchentlich 6, — M. Unterfertigung gezahlt wurde, so beträgt die gezahlte Unterfertigung nicht 8000, — M., sondern 9900, — M., eine sehr leichte Rechnung. Außerdem ist in der Summe von 20 300,10 M. nicht enthalten der Kostenfaktor für Bauleitung, die ganze Durchführung; nur die Versicherungsbeträge sind, zu den niedrigen Unterfertigungssätzen berechnet, mit darin enthalten. Desgleichen ist der Lohn eines städtischen Vorarbeiters, der mit Unternehmungskosten auf rund 2000, — M. angelegt werden muß, nicht mit enthalten. Alles in allem sind in der Summe von 20 300,10 M. hochgerechnet nur 10 Proz. Unternehmungskosten enthalten. Demgegenüber sind aber in den errechneten Preisen, wenn die Arbeit zu Lastfällen vom Unternehmer ausgeführt werden würde, mindestens 30 Proz. Ankosten enthalten. Das beträgt aber bei 36 444,70 M., wenn man nur das Mehr von 20 Proz. in Ansatz bringt, 7288,54 M. Dadurch würde sich die Summe auf 29 156,16 M. erheben. Das Bild bekommt dann aber ein ganz anderes Gesicht und sieht so aus: Kostenaufwand im freiwilligen Arbeitsdienst auf Grund der Rechnung . . . . . 20 300,10 M. „ für den gestellten Vorarbeiter . . . . . 2 000, — „ „ für gestellte Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterfertigung . . . . . 9 690, — „ 31 990,10 M.

Die Anschlagsumme, auch nur mit 10 Proz. Ankosten berechnet, ermäßigt sich auf . . . . . 29 156,16 M. Weibst rund ein Verlust bei freim. Arbeitsdienst von . . . . . 2 800, — M.

So sieht nach der von Sachkennern sehr niedrig bemessenen Gegenrechnung die Gewinn-, nimmere die Verlustrechnung aus. Nicht 16 000 M. Gewinn, sondern 2800, — M. Verlust!

Zu diesem Verlust kommt der volkswirtschaftliche Verlust in Gestalt verlorener Steuern, erhöhter Versicherungsbeiträge für die Krankenkasse, für die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Und der moralische Nutzen ist gleich Null, wenn man bedenkt, daß 30 Arbeiter aus dem Berufsweilens Familienverfall, bei der bemessenen Arbeitsleistung von 1:2 an 17 Wochen Lohn und Brot gehabt hätten. So sieht der freiwillige Arbeitsdienst vielfach in Wirkung und Praxis aus!

**Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht.**

So nennt der Generalmajor a. D. Waupel, der erste Vorsitzende des Volksbundes für Arbeitsdienst, den freiwilligen Arbeitsdienst. Er hat kürzlich einen Vortrag gehalten über das Thema: „Der freiwillige Arbeitsdienst als praktische Vorstufe der unbedingt erforderlichen Arbeitsdienstpflicht“.

Dieser Vortrag ist im „Deutschen Arbeitsdienst“ abgedruckt worden. Darin sagt Generalmajor Waupel, der freiwillige Arbeitsdienst habe bis Anfang Februar erst etwa 15 bis 20 000 Arbeitslose erfasst, in einem Jahr etwa 0,3 % der sechs Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Das sei ein Ergebnis, das man vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gleich null bewerten müsse.

Generalmajor Waupel hat recht. Das war unsere Meinung schon längst. Aber nun betrachte man die Folgerungen, die Waupel aus dieser Feststellung zieht. Er sagt, es bestehe kein Zweifel, daß auch bei „Verbesserung“ der Verordnungen ein schneller durchschlagender Erfolg mit dem freiwilligen Arbeitsdienst nicht zu erwarten sei. Deshalb sei notwendig Arbeitsdienstpflicht! Diese sei billiger als der freiwillige Arbeitsdienst! Den freiwilligen Arbeitsdienst müsse man als „Vorstufe“ begünstigen durch Verlängerung der Arbeitsdienstzeit von 20 auf 40 Wochen oder ein Jahr. Jedem Arbeitslosen müsse die Berechtigung zum Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst gewährt werden. Die Wartzeit müsse fortfallen, da sie für den, der sich sofort zum freiwilligen Arbeitsdienst melde, keine moralische Berechtigung habe. Der freiwillige Arbeitsdienst bleibe immer eine freiwillige Maßnahme, während die ganze Maßnahme die Arbeitsdienstpflicht sei. Von der Verwandlung der Freiwilligkeit zur Pflicht sei „volkswirtschaftlich und moralisch außerordentlich viel zu erwarten“.

Generalmajor Waupel hat seine Karten aufgedeckt. Diese brutale Offenheit ist zu begrüßen. Wir haben schon stets in der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes gesagt: Wehrt den Anfängen! Zunehmend wird mancher, der bisher für den freiwilligen Arbeitsdienst allerlei übrig hatte, wohl doch flüchtig werden. Wir warnen nochmals eindringlich vor einer Befehlslage am Besten der Vorstufe des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Arbeitsdienstpflicht-Zwangsarbeit, die nach der Ansicht Waupels noch billiger geübt werden soll, als der freiwillige Arbeitsdienst!

Die Wendung im Wortgefüge Waupels von wegen der „Billigkeit“ ist besonders bezeichnend. Heute (sich bekommen freiwilligen Arbeitsdienstler neben der Verpflegung nur einige Groschen täglich. Der verheiratete Arbeitsdienstpflichtige — alle sollen ja „dienen!“ — aber soll es noch billiger machen. Nebenfalls mußte man ihm zu, seine Familie solle dann nur von der Luft leben. Jedoch dieser Einwand dürfte für den General Waupel „belanglos“ sein. Der Mann ist Militär. Er möchte am liebsten aus Deutschland eine einzige Kaserne machen. Das ist sein Ideal. Sehr vernünftig denkender Gemeinshafter wird ihm auf diesem Wege folgen!

**Quo vadis Borussia?**

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der frühere Ministerialrat Dr. E. Herr in der „Deutschen Tiefbauzeitung“ einen längeren Aufsatz, worin er die Frage erörtert, ob der preussische Staat die Landeskultur aufgeben dürfe. Gemeint ist damit die Bodenkultur. Der Preussische Staat hat nämlich auf Grund der Reichsverordnung verordnet, sämtliche preussische Kulturländer aufzugeben. In der betreffenden Verordnung heißt es, daß den Zeitpunkt der Aufhebung sowie das Nähere über die Durchführung das Staatsministerium bestimme. Ministerialrat Dr. Herr wendet sich gegen diesen Beschluß des preussischen Kabinetts von dem Gesichtspunkt aus, daß die einmal begonnenen Reklamationsarbeiten fortgeführt werden müssen, wenn nicht großer Schaden entstehen soll; außerdem bedürfen die der Bodenkultur bereits erschlossenen Flächen dauernd einer gewissen Wartung.

An der Weiterführung der Bodenkultur hat natürlich jeder einzelne Staatsbürger ein gewisses Interesse. Man

kann eine detaillierte Frage nicht bloß von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß der Staat knapp bei Kasse ist. Sollte man das, so gäbe es schließlich überhaupt kein Kultur mehr. Man müßte dann in Preußen vielleicht die Schließung der Universitäten beginnen, mindestens soweit die Volkswirtschaftlichen und juristischen Fakultäten in Betracht kommen. Denn die haben in der letzten Zeit nur Unheil angerichtet. Die einen durch ihre Projektmacherei, die zu nichts führten, die anderen durch den Raubbau an den Universitäten. Zweifelloß hat Dr. Herr mit seinen Einwänden insofern recht, als die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in Deutschland nur dann eine Aussicht auf Erfolg hat, wenn auch der letzte Quadratkilometer kulturfähigen Bodens ausgehoben wird. Wir glauben allerdings, daß auch dann noch Deutschland Nahrungsmittel vom Ausland einführen müßte.

Wir haben also als Staatsbürger und Arbeiter Interesse an dieser Frage. Da scheint es uns, daß der Beschluß des preussischen Kabinetts nicht genügend begründet ist, es müßte denn sein, daß man die ganze Organisation der Kulturländer unter einem anderen Namen weiterführen wollte oder sie mit den Wasserbauämtern des Reichs oder Preußens vereinigen will. Es dürfte nur wenigen unserer Kollegen bekannt sein, daß im allgemeinen und bisher die Bodenkulturarbeiten bei manchen Besitzern einen ganz unerschrockenen Widerstand erfahren haben. Es gibt nämlich immer Leute, die glauben, wenn sie sich gegen eine an sich notwendige Maßnahme wehren, damit etwas Besonderes für sich herauskriegen zu können. Um derartige Widerstandspunkte zu zwingen, mit ihren Nachbarn Solidarität zu üben, besteht die Möglichkeit, wenn eine freiwillige Genossenschaft nicht zustande kommt, für die Regulierung von Wasserläufen, Ent- und Bewässerungsarbeiten Zwangs-genossenschaften zu bilden. Jede einzelne Zwangs-genossenschaft kann sich natürlich für ihren Bedarf Techniker oder Baumeister halten. Jedoch müssen die Genossenschaften wegen der vorzunehmenden Arbeiten eine gewisse Verbindung untereinander haben. Bisher waren die Kulturländer an der Ausarbeitung der Pläne, der Bewässerung der auszuflutenden Arbeiten und den sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten hervorragend beteiligt. Da auch heute noch in Preußen eine ganze Anzahl Wasserläufe staatsfremd sind, also nicht dem Reich gehören, muß Preußen für die Offenhaltung dieser Wasserläufe regelmäßig etwas tun. Wir können uns deshalb genau so wenig wie Dr. Herr denken, daß man alle die Einwände, die gegen die Aufhebung der Kulturländer bisher gemacht wurden, so ohne weiteres beiseite schieben kann!

**Bauarbeiterleben in Jugoslawien.**

Während der Osterferien kamen die Vertrauensleute der freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter Jugoslawiens zum Verbandstag in Belgrad zusammen. Aus 15 Orten waren Delegierte gekommen, die 20 Ortsgruppen mit 1316 Mitgliedern vertraten. Ortsgruppen gibt es außer in Belgrad hauptsächlich nur im früheren österreichisch-ungarischen Gebiet. Die stärkste Ortsgruppe mit 485 Mitgliedern ist in Agram, Belgrad hat 207, Sarajewo 102 Mitglieder. Mitgliedschaften, in denen ein zufriedenes gewerkschaftliches Leben pulsiert, befinden sich noch in kleineren Orten an der ungarischen Grenze, im früheren ungarischen Sprachgebiet oder in dem von Deutschen (in den Schwabenbüschen) stark bewohnten Banat. Nach der letzten Berufsählung soll es im ganzen Lande 70 000 Bauarbeiter geben. Der Verband selbst erfasst mit seinen rund 1500 Mitgliedern die Bauarbeiter ohne Holz- und Metallarbeiter, die Techniker und die Poliere haben ein eigenes Gelingen, besonders in Agram, selbständige Ortsverbände. Christliche und kommunistische Bauarbeitergewerkschaften bestehen nicht, jedoch eine nationale, d. h. gewerkschaftliche Organisation, unter der Diktatur gewachsen, aber noch in ihren Anfängen stehend. Bemerkenswert ist, daß Führer der früheren kommunistischen Organisation jetzt Führer des sächsischen Verbandes sind. In der Industrie der Steine und Erden sind kaum Anfänge einer Organisation zu bemerken.

Die Organisation gewährt — soweit das in ihren Kräften steht — Unterfertigung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, im Alter, in besonderen Umständen und schließlich auch bei Abschlägen und Strafen. In der Abschätzung der Hauptkräfte für die letzten Jahre wurde auch ein beachtlicher Betrag für Reiseunterfertigung an Ausländer ausgewiesen.

Die Bautätigkeit in Jugoslawien war in den letzten Jahren nicht schlecht. Mit der steigenden Finanznot der Donaufaaten haben sich auch in diesem von Frankreichs Gnaden neugebildeten Staat die Schwierigkeiten gehäuft. Daher können jetzt größere öffentliche Bauwerke, die schon vor Jahren begonnen wurden, nicht weitergeführt, und solche, für die die Pläne fertiggestellt sind, nicht begonnen werden; bereits im letzten Sommer waren 30 — 40 % der Bauarbeiter arbeitslos. Im Jahre 1927 wurden in Belgrad 602 Häuser erstellt im Werte von 334 Millionen Dinar, im Jahre 1931 531 Häuser im Werte von rund 213 Millionen Dinar. Man sieht aber immerhin heute noch in Belgrad und in Agram — den zwei größten Städten des Landes — eine größere Zahl von Neubauten als in ähnlich großen deutschen Städten. In Belgrad sollen in den letzten Jahren zeitweise 16 000 Bauarbeiter der verschiedenen Berufsgruppen beschäftigt gewesen sein. Jugoslawien wollte sich genau wie manche anderen neugebildeten Nachkriegsstaaten — man braucht nur an Prag zu denken — ein schnelles Vorgehen geben durch Erließen von Dekretationen für die Regierungsbürokratie. Man hielt daher in Belgrad Monumentsalbauern für die einzelnen Ministerien, oder nicht weit davon, oftmals dicht daneben, elende Lehnhäuser als Wohnungen der Arbeiter. Oberhalb fürstlich sind die Wohnungs- und Straßenzustände an der Peripherie Belgrads, wo die Straßen aufeinandergegerpelt, in der Regel ganze Familien, in einem Raum in elenden schmügeligen Lehnhäusern dahingegeraten. Viehställe in Deutschland sind dagegen Lagersräume. Und für diese Peinlicher, zum Teil Einraumwohnungen, werden 200, 300, ja selbst 400 Dinar Monatsmiete erhoben. Das Leben auf dem Lohn ausserhalb, ist wie das Arbeiterleben in Jugoslawien allgemein ein Hundeleben. Es läßt sich nur erklären aus der ungewöhnlichen Bedürftigkeit der Arbeiterklasse. Die Arbeitszeit betrug in der Industrie Jugoslawiens 8 Stunden täglich, im Handwerk und damit auch bei den Bauarbeitern 10 Stunden. Zum Teil werden aber 11 und 12 Stunden täglich gearbeitet. Da Tarifverträge nicht bestehen und die Organisation nur in wenigen Orten einigen Einfluss hat,

sind die sonstigen Arbeitsbedingungen, insbesondere die Löhne, sehr schlecht. Man rechnet zum Teil noch mit einem Sommer- und einem Winterlohn. Der Sommerlohn beträgt 10tündiger Arbeitszeit betrug in Belgrad bei guter Bautätigkeit für Maurer 80 Dinar, für Stukkatoren 90 Dinar, für Hilfsarbeiter 25 Dinar (1,85 Mark). Gegenwärtig wird ein Stundenlohn von 5 bis 7 Dinar für Bauarbeiter gezahlt, jedoch für die Kollegen, die aus der weiteren Umgegend vom Lande kommen, nur 3 bis 4 Dinar. Hilfsarbeiter, zu einem erheblichen Teil zugewanderte Ukrainer, die in der kärglichsten Weise (Brot und Zwiebel als Nahrung) ihr Leben fristen, werden mit 2 bis 2,5, höchstens 3 Dinar je Stunde entlohnt. Ein Dinar umgerechnet in deutsche Währung ist 7 1/2 s. Wert. Der Durchschnittslohn in den 26 bedeutendsten Orten Jugoslawiens betrug im vergangenen Sommer für Poliere 86,70 Dinar, für Maurer 70,40, für Stukkatoren 73, für Zimmerer 67,50, für Maler 66,70, für Minerale 47,90, für Tischler 96,50, für Hilfsarbeiter 24,95 Dinar. An den Bauten sind auch Frauen beschäftigt, in der Regel als Materialträgerinnen. Die Entlohnung des Lohnes war in den letzten Jahren rückläufig, so ist der Lohn gegenüber dem Jahre 1914 um rund die Hälfte gesunken. Gemessen an dem Lohnstand der Vorkriegszeit, 1914 gleich 100 gestellt, steht er jetzt im Durchschnitt für Facharbeiter auf 53,20 und für Hilfsarbeiter auf nicht ganz 30. Nach den Erhebungen der Krankenkassen — es handelt sich hier also um amtliche Zahlen — verdienen in der Gesamtarbeiterklasse im Jahre 1926 täglich bis zu 20 Dinar (also 1,50 — 1,40) 20,5%, 1931 bereits 35%, bis zu 30 Dinar täglich verdienen im Jahre 1931 18%, bis zu 48 Dinar täglich 31%, über 48 Dinar täglich 23%. Die Zahl der niedrig entlohnten Beschäftigten — das sind natürlich durchweg ungelernete Arbeiter — hat in den letzten fünf Jahren um 73% zugenommen. Dieser miserable Lohnstand ist natürlich auch eine Folge der schlechten Organisationsverhältnisse. Jedoch der Lohnstand allein ist kein Maßstab für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Es kommt darauf an, was der Bauarbeiter für seinen Lohn zu kaufen vermag. Da steht es aber auch nicht gut aus. Die Preise in Belgrad sind im Vergleich zum Lohn sehr hoch. Beispielsweise kostet:

1 kg Mehl . . . . .	3 1/2 — 4 Dinar
1 „ weißes Brot . . . . .	3 1/2 — „
1 „ schwarzes Brot . . . . .	2 1/2 — „
1 „ Rindfleisch . . . . .	8 — 10 „
1 „ Schweinefleisch . . . . .	9 — 10 „
1 „ Kartoffel . . . . .	2 1/2 — 3 „
1 „ Bohnen . . . . .	4 — 5 „
1 „ Zwiebeln . . . . .	5 — 6 „
1 „ Reis . . . . .	8 — 10 „
1 „ Zucker . . . . .	14 — 16 „
1 „ Salz . . . . .	4 — 5 „
1 „ Milch . . . . .	2 — 3 „

In ganz Jugoslawien gibt es 52 889 Gewerkschaftsmitglieder, davon sind freigewerkschaftlich organisiert 46 268, die übrigen verteilen sich auf nationale (gesellschaftliche) und christliche Organisationen. Entsprechend dem geringen Einfluß der Gewerkschaften im Staate ist es mit den Arbeitervereinigungen schlecht bestellt. Eine Arbeitsvermittlung gibt es nicht, ebensowenig einen nennenswerten Bauarbeiterklub, von einem Gesundheitsklub ganz zu schweigen. Die Einstellung der Bauarbeiter geschieht durch Nachfragen auf den Baustellen. Eintrittsgebühr ist unbedeutend, aber nicht verständig, wenn das nicht arbeitslos, hat nichts zu essen. Er verdient jeden Tag nur soviel, als zur Erhaltung des Lebens braucht. Gewerkschaftsvereinigungen vorhanden sind, u. a. eine Art Betriebsratgeheiß, freyen sie auf dem Papier, die Arbeiter haben zu wenig Einfluss und Aufklärung, um ihre Rechte geltend zu machen. Es besteht zwar neben der positiven Sozialversicherung eine staatliche Arbeitslosenversicherung, aber sie bietet den Arbeitslosen nur für eine Woche Unterfertigung. Ist ein Arbeiter in einem Jahr vier Monate oder in zwei Jahren acht Monate verlohnt, dann erhält er täglich 10 Dinar Arbeitslosenunterfertigung für nur ein oder zwei Wochen. Verheiratete erhalten 3 Dinar, Frauenzulage. Bauarbeiter erhalten die Unterfertigung nur im Sommer.

Zur Zeit führen die Gewerkschaften einen harten Kampf um die Aufrechterhaltung des demokratischen Charakters der Arbeiterkammer. Die sächsischen Gewerkschaften sind drauf und dran, für sich ein Monopol zu ergattern durch ihre Liebesdienste für die Unternehmer und ihre bedingungslose Unterwürfigkeit unter die Diktatur. Die notwendige Aufklärung über die Diktatur ist nicht möglich, weil es weder eine sozialdemokratische noch eine kommunistische Partei gibt, eigentlich gibt es in Jugoslawien nur eine politische Partei, das ist die jugoslawische Sozialpartei, die nur ein Mittel der Diktatur ist. Es gibt auch pro forma ein Parlament, das Gebilde war während des Krieges Niederbestand, dann Kino. Ein neues Parlamentsgebäude ist seit sechs Jahren im Bau. Politische Arbeiterzeitungen sind nicht gestattet, Aufklärung kann nur durch die Gewerkschaftsblätter betrieben werden. Jede Kritik der Regierung oder ihrer Organe ist verboten. Es besteht Präsidentsenjur, vor dem Erscheinen müssen alle Zeitungen, Broschüren und Bücher der Behörde im Manuskript eingereicht werden. Diese Bedingung galt auch für den Gewerkschaftsbericht über den Bund der Bauarbeiter. Jedes anfeuernde oder zur Staats- und Wirtschaftspolitik kritisch eingestellte Wort wird gestrichen. Das natürlich jede Versammlung einzelnen Tage vorher angemeldet werden muß und sie dann von der Polizei überwacht wird, versteht sich von selbst. Wen gelüftet es nach Jugoslawien? Wen gelüftet es nach dem Faschismus?

Der endliche Sieg wird einst um so größer sein, je eifriger und aufopferungsvoller jeder einzelne die vorgezeichnete Bahn verfolgt. Bedenken, ob der einzelne ungenügend aller Opfer, Arbeit und Mühen den Beginn einer neuen, schöneren Kulturperiode noch erleben, des Sieges Früchte noch genießen, dürfen keinen aufstoßen, noch weniger dürfen sie ihn von dem betretene Wege abhalten. Wohl können wir weder die Dauer noch die Art der Entwicklungsphasen bestimmen, die dieser Kampf um die höchsten Ziele zu durchlaufen hat, aber wir können uns doch die Hoffnung hegen, diesen Sieg zu erleben. Stehen wir doch in einem Zeitalter, das sozusagen mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts stürmt und deshalb alle Feinde einer neuen, höheren Gesellschaft erzeritern macht. Von dem raschen Wachstum und der immer gewaltiger werdenden Ausbreitung der sozialistischen Bewegung liefert jeder Tag neue Beispiele. Auf allen Gebieten regt sich und drängt nach vorwärts. Die Morgen-dämmerung zu einem schönen Tage zieht mit Macht heran. Kämpfen wir nicht immer voran, unabhimmert darum, „wo“ und „wann“ die Grenzspähre für eine neue bessere Zeit für die Menschheit eingeschlagen werden. Und fallen wir im Laufe dieses großen, die Menschheit betreuenden Kampfes, so treten die uns Nachsetzenden für uns ein. August Bebel („Die Frau und der Sozialismus“)



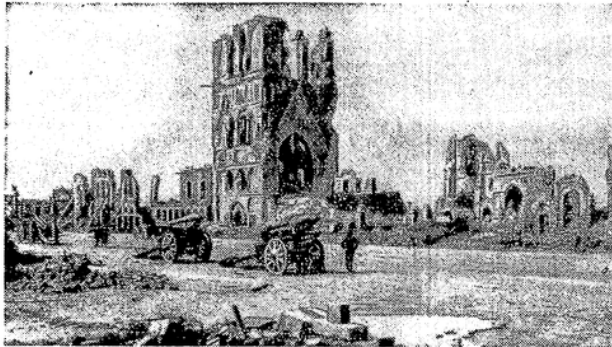
# Unterhaltung und Wissen



## Das wiederaufgebaute Flandern.

Flandern — das Wort hat für manchen ehemaligen Kriegsteilnehmer selbst heute noch nicht jenen grauenhaften, an Tod und Verderben erinnernden Klang verloren, den es schon während des Krieges hatte. . . .

Flandern gehört ja auch zu jenen Landstrichen im Westen, in denen der moderne Materialkrieg am heftigsten tobte.



1917. Die zerstörte Kathedrale und der verwüstete Marktplatz Yperns.

Dies Land ist dem Wüten des Krieges ebenso, vielleicht stellenweise noch mehr ausgelegt gewesen, als Verdun und das Somme-Gebiet. Schon 1914 wurden weite Teile des Landes durch Öffnung der Kanalschleusen und Deiche übersflutet. Viel gutes Land wurde dadurch seiner Fruchtbarkeit beraubt. Und was die Fluten nicht vernichtet hatten, das vernichteten dann die Geschosshügel der großkalibrigen Geschütze diesseits und jenseits der Gräben. Dierzehn Tage und vierzehn Nächte währte das Trommelfeuere vor Beginn der großen Flandernschlacht im Sommer 1917. Die verhältnismäßig schwache deutsche Artillerie verpulverte in der Woche vom 13. bis 19. Juli 1917 583 000 Schuß. In der darauffolgenden Woche, kurz vor Eröffnung der englischen Angriffe, verschloß die Artillerie der deutschen Flandernarmee sogar 870 000 Granaten von zumeist schwerem Kaliber. Der englische Munitionsverbrauch war schätzungsweise viermal stärker. Und dieser Hagel von glühendem und brennendem Eisen voll explodierender Kräfte ging auf einem Landstrich von nur 30 Kilometer Breite und wenigen Kilometern Tiefe nieder. Und 1918 war es nicht anders. Um und um wurde die Erde gewölft, dem Erdboden gleichgemacht, Waldgebiet vernichtet und die ganze Landschaft von Grund auf verändert.

Wie oft hat sich den Frontsoldaten bei Betrachtung des verwüsteten Landes die Frage aufgedrängt: wird es wohl jemals gelingen, diese Granatrichtfelder wieder einzuebauen, das mit Gräben tief durchzogene Land wieder in einen anbaufähigen Zustand zu setzen, Städte und Dörfer wieder aufzurichten?

Damals — 1914/18 — wagte niemand solche Fragen bedingungslos zu bejahen. Heute ist der ehemalige Frontsoldat bei einem Besuche Flanderns geradezu erstaunt darüber, wie rasch und gründlich die Spuren des Krieges schon verwischt sind.

Die heilsame Kraft der Natur und der menschliche Wille zum Wiederaufbau überwinden mit der Zeit auch die fürchterlichsten Zerstörungen, die der Krieg angerichtet hat. Acker, Wald und Wiese haben die Wunden, die der Krieg ihnen schlug, wohl am raschesten verwunden. Noch bevor Menschenhand die Zementsteine und Unterstände niederlegen und freigen, die Schützengräben und Granatrichtfelder mit Spaten und Hacke, Pflug und Wagger einebnen konnte, hatten schon Regen, Wind und Tau Schnee, Frühling und Herbst daran gearbeitet, die Föcher und Gräben aus dem Erdboden zu vernichten und neue Humuserde entstehen zu lassen. Wiesen zeigen wieder frisches Gras, die Acker sind bebaut, junges Holz verdeckt mit hellem Grün die entrindeten und verwirkelten Stammreste der vom Krieg gemordeten Baumriesen des Houtholler Waldes, der flämische Bauer geht wieder, als habe nicht das größte Drama der Weltgeschichte hier gespielt, hinter seinem Pfluge, der in die schwere, blutgetränkte Erde Flanderns tiefe Furchen zieht.

Tatsächlich sind die Einwirkungen des Krieges auf die Landwirtschaft in Belgien so gut wie beseitigt. Im Jahre 1913 betrug die bebaute Fläche in Belgien 1 807 172 Hektar, 1926 schon wieder 1 788 750 Hektar. Von 80 000 Hektar, die verwüstet waren, sind also 75% für produktive Zwecke zurückgewonnen. Der Viehbestand hat sich dem von 1913 wieder angepaßt, ebenso die Ertragsfähigkeit des Bodens. Auf dem Hektar wurden vor dem Kriege durchschnittlich 24,17 Doppelpennner geerntet; bereits im Jahre 1926 waren es 24,10.

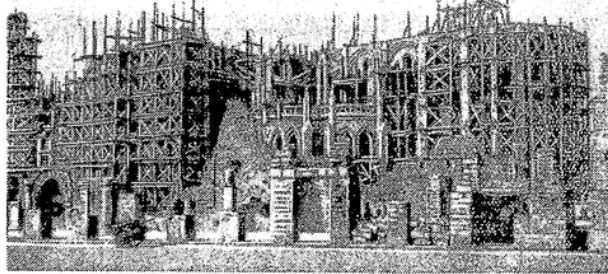
Wählt man heute von den wenigen Höfen des Landes über die weite Ebene Flanderns, so liegt eine der anmutigsten Landschaften vor den Augen der Beschauer. Neue, gut gebaute Gehäusen durchziehen das Land und verbinden die ehemals zerstörten, jetzt neu erstandenen, sauber und adrett aufgebauten Dörfer und Kleinstädte. Die

rosen Jiegelböcher der Bauernhäuser geben der grünen, mäßig gemauelten Ebene ein freundliches Gepräge. Nur die überaus zahlreichen Grabfelder mit ihren Wäldern von schwarzen Kreuzen oder hellen Grabplatten erinnern noch daran, daß auf dieser jetzt so friedlichen Landschaft vor wenigen Jahren erst eine der grauenhaftesten Schlachten des entsetzlichen aller bisherigen Kriege getobt hat.

Im Mittel- und Brennpunkt dieses Ringens stand Ypern, vor Zeiten die Perle im Diadem der flandrischen Städte, jetzt durch grandioses Schicksal aufs Schwerste getroffen, vernichtet, Walfatt und Totenschild der europäischen Menschheit.

Auch Ypern hat sich von dem Schrecken und den Verwüstungen des Krieges wieder erholt. Wie neu aufgebügelt repräsentiert sich die Stadt uns heute. 1917 weckferte Ypern mit Verdun um den Rekord der höchsten Zahl der Todesopfer — heute konkurriert diese Stadt mit dem gleichen Ort um die höchste Zahl des Fremdenbesuches.

Yperns Bevölkerung sucht ihre Nahrung auch heute überwiegend in der Fremdenindustrie. Des Fremdenzustroms und der Reklame wegen blieben denn auch einige gewislich machende Leberreste des Krieges erhalten: zwei verrostete deutsche 21,5-Zentimeter-Mörser und ein zeretzter englischer Tank auf dem Bahnhofsvorplatz, im Café Saindeles füllt ein gut erhaltenes schweres deutsches Maschinengewehr mit Stahlhelmen, Bajonetten, Revolvern und anderem üblichem Kriegswerkzeug den Raum des Kaminis voll aus, am Marktplatze stehen uns die nicht fortgeräumten Trümmer und Ruinen der ehemaligen Luchhalle an, jenes ehemals weltberühmten, mittelalterlichen BauDenkmals, und hier



1927. Die Kathedrale in Ypern wird wieder aufgebaut.

und dort im Straßenzug zeigen sich Läden, Häuserreste, Granatrichtfelder, Ruinen, am Graben und Wall vor der Stadt noch kargliche Reste ehemaliger Unterstände, Drahtverpaue, Trichter, zerstoßene Portale, Schutthalben.

Ein großartiges, monumentales Brückenportal, von England erbaut und der Stadt geschenkt, trägt in Marmor gebauenen die Namen von 56 000 gefallenen englischen Soldaten, von denen nicht bekannt ist, wo sie gefallen und wo sie bestattet sind.

In Ypern ist kaum ein Haus aus der Vorkriegszeit zu finden. Gabe es eins, es wäre eine gelbbringende Sehenswürdigkeit. Aber — und das ist das eigenfällige — obwohl alle Häuser neu, kaum 2 bis 5 Jahre alt, sind sie doch im alten, ungehinderten und unwohnlichen Stil der zerstörten Häuser wieder errichtet worden.

Ob wohl auch die Bürger Lübeck — gefeßt den Fall, ihre Stadt würde völliger Vernichtung preisgegeben sein — ihre Stadt nicht nach modernen Städtebaulichen Grundrissen neu aufbauen, sondern auch das Hofen- und Burg-Lor, die Salzhäuser, das Rathaus und die alten, winkligen Gassen der Altstadt mit den engen Treppen in den Häusern, den dunklen, feuchten Kellern und den hohen Dächern wieder errichten würden? Den Bürgern der Stadt Rotterdam ob der Tauber und mancher anderen alten Stadt allerdings ist zuzutrauen, daß sie nichts anderes täten, als ihre ohrenannten Häuser nach mittelalterlichem Vorbild wieder zu erbauen. Das Wort von Karl Marx: „Die Tradition aller vergangenen Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden“ fände auch hier wieder seine praktische Bestätigung. Wunders mir uns deshalb nicht mehr weiter darüber, daß die für den Wiederaufbau Belgiens Verantwortlichen und die Bürger Yperns die

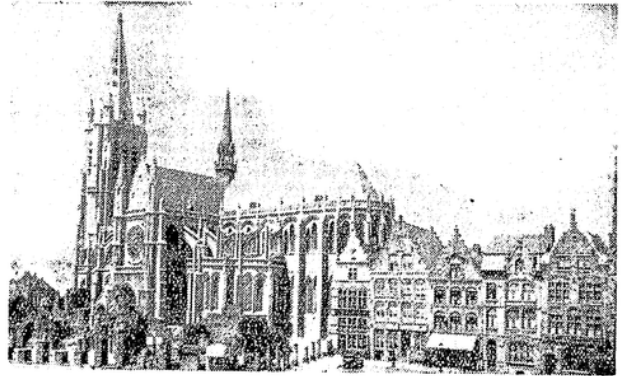
## Strebt nach Erkenntnis!

In diesen schweren Zeiten,  
Die neue Wege bereiten,  
Heißt es, die trüben Schattenseiten  
Des Lebens zu begreifen.  
Wir alle müssen dieses Lebens Häßlichkeiten  
Mutvoll und freudig von uns streifen!  
Strebt nach Erkenntnis in allen Dingen!  
Dann erwerbt ihr Ueberzeugung und Verlemermut,  
Und auf kühnen Wertschwingen,  
Mit der Begeisterung Blut  
Werdet ihr dann streiten  
Und neue Wege bereiten,  
Die da führen zur Freiheit  
Und zur Gerechtigkeit!  
Streitet mutvoll! Laßt euch von Keinem  
Das Ziel verleiden!  
Seid alles in einem!  
Schon kündet die Sturmlocke der Weltgeschichte  
Neue Zeiten!  
Zaeis.

alte zerstörte Stadt nicht in ein vollkommen neues, modernes Gewand gekleidet, sondern das alte Kleid nur neu aufgebügelt haben. Es blieb bei den alten, engen und holprigen Gassen, den hochgiebigen, schmalfrontigen, langflurigen Häusern, den unbequemen, lebensgefährlichen Treppen und dunklen Zimmern. Auch der Marktplatze zeigt sich in seinem neuen „alten“ Gewand. Mittelalterlich mit neuem Baumaterial. Die Ruinen der berühmten Luchhalle sind wohl das einzig wirklich mittelalterliche vom ganzen Marktplatze.

Selbst die Kathedrale ist nach dem Vorbild ihrer früheren Herrlichkeit wieder neu erstanden. Der in wenigen Jahren vollendete, prachtvolle Bau beweist, daß die Baumeister und Bauhandwerker der Neuzeit ihren künstlerischen Kollegen aus dem Mittelalter nicht nur nicht nachsehen, sondern mit Hilfe der Technik in kürzester Zeit noch ganz andere Werke der Baukunst erzeugen können, als das Jungtweien des Mittelalters sie hervorbrachte. So ist die neu errichtete Kathedrale auch heute wieder eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges und darum auch das erste Ziel wohl aller Yperner-Fahrer. Man frage aber nicht, welche enormen Summen die Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Kathedrale mit ihrer kostbaren Innenausstattung verschlungen haben mag. Wie der gesamte Wiederaufbau ging auch die Herstellung der Kathedrale und ihrer präunkelnen Inneneinrichtung auf das große Konto Reparation!

Belgien hat allein 16 Millionen Goldmark aus den deutschen Reparationsleistungen zur Wiederherstellung von zerstörten Kunstwerken und der Erneuerung der Kathedrale von Ypern ein Teil dieser Summe Verwendung fand. Sonst war es leider — wegen des Fehlens jeder statistischen Unterlage bei den belgischen Behörden — nicht möglich, genaue Zahlen über die für den Wiederaufbau Belgiens aufgewendeten Summen und besonders über die Zahl der beim Wie-



1931. Die alte Kathedrale und der Marktplatz Yperns sind in ihrer alten Herrlichkeit neu erstanden. Nur die Luchhalle vor der Kathedrale bleibt in Schutt und Trümmern als Kriegeserinnerung dem Fremdenbesucher erhalten.

deraufbau beschäftigten Bauarbeiter zu erhalten.

Der Wiederaufbau Belgiens ist jedenfalls so gut wie beendet. Wer daran mitgearbeitet hat, ist heute zumeist dem Schicksal aller Arbeiter in allen Ländern verfallen, er ist arbeitslos.

Wäge die internationale Solidarität der Arbeiterklasse so stark sein, daß sie Krieg, Kriegszerstörungen und Wirtschaftskrisen gleichermäßen überwinde! Helmuth Hoffmann.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 4. April 1932.

Table with 5 columns: Bezirksverband, Beschäftigte im Bau-gewerks-bund, Mitglieder-zahl am Ende-1931, Arbeitslose (Anzahl, %), Die Woche vorher (%).

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Ge-sperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Nieder-büßlau (Eibach), Baustelle Ostufß Bismarck bei Rein-heim wegen unerschämten Lohnabwärtens, und die Ar-beiter der Firma Wierlich in Norden wegen Tarifbruchs.

Töpfer: Ge-sperrt sind: In Grimmschlag die Firma Giesinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengefäße Gustav Neumann, Gustav Honicke und Wöyme.

Baugewerbliche Lohnsätze und staatliche Schlichter.

Das Reichsarbeitsministerium hat zur Regelung der Lohn-freiheiten im Baugewerbe drei Sonder-schlichter ein-gesetzt. Herr Professor Kraemer, Breslau, soll schlichten in den Vertragsgebieten Ostpreußen, Grenzmark, Pommern, Schlesien (Breslau), Ost- und Westpreußen, Ost- und West-schlesien, Freistaat Sachsen, Brandenburg, Nieder-barnim, falls nötig, auch in Groß-Berlin. — Der Sonder-schlichter Lichtenstein, Hannover, soll schlichten in den Vertragsgebieten Mecklenburg, Norden (Groß-Hamburg und Schleswig-Holstein), Bremen (Unterweser-Ems), Nord-westdeutschland, Braunschweig, Westfalen-Ost und Lippe, Westfalen, Ostwestfalen, Rheinland, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mittelrhein, Hannoverisch-Münden, ebe-nfalls in Westfalen, Kreis Frankenberg, Kreis Wittenhausen und im Sollinggebiet. — Der Sonder-schlichter Dr. Krim-mig, Karlsruhe, soll schlichten in den Vertragsgebieten Rheine, Mainkatal, Frankfurt am Main, Hanau, Dießen, Bayern, Württemberg, Mittel- und Oberbaden, Unterbaden, Oberpfalz und Pfalz. — Die Sonder-schlichter sollen nur auf Anruf oder im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums tätig werden. Wähler ist uns noch nicht bekannt geworden, daß in einem der Lohngebiete bereits das Schlichtungsverfahren eingeleitet ist. Da erhebt sich die brennende Frage, in welcher Weise denn die drei Sonder-schlichter bis zum 30. April die Lohnfreiheit in den hier angeführten zahlreichen Gebieten bereinigen sollen. Das erscheint vollkommen aus-geschlossen! Deshalb erheben wir nachdrücklich die Forde-rung, daß durch ein Abgehen alle Lohnsätze in allen Ver-tragsgebieten solange als verlängert zu gelten haben, bis neue Löhne festgelegt und für verbindlich erklärt worden sind! Wir erwarten, daß dann auch endlich mit der All-gemeinverbindlichen Erklärung nicht mehr länger ge-schickelt wird! Die ewige Steuerlosigkeit des Baugewerbes, erzeugt durch eine vollkommen kurzfristige Lohnpolitik der Bauunternehmer und Ministerialbürokraten, muß endlich ein Ende nehmen!

Österreich. Für das Wiener Baugewerbe ist nunmehr ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, jedoch enthält er die fragwürdige Klausel, daß er erst dann in Kraft treten soll, wenn mit den Spezialgruppen eine Einigung erzielt ist. Mit diesen Gruppen steht es so, daß die Tischler-leger, die Glaser und die Hafner nach fastlosem Kampf neue Verträge abgeschlossen haben, auch bei den Zimmerern steht ein neuer Vertrag in Aussicht. Jedoch bestehen noch Differenzen im Stukkateur- und Putzergewerbe, bei den Kamin- und Kesselmaurern, bei den Isolierern, Steinholz- und Terrazzolegern. Auch im Glaser- und Malergewerbe liegen Differenzen vor. — Im Bezirk Perchtoldsdorf wird weitergestreikt, in Saindorf droht ein Streik.

Aus den Fachgruppen

Glaser. Bezirksverband Köln (Konferenz). In unserem Be-zirk war bisher das Organisationsverhältnis nicht am besten. Auch war die Zahl der organisierten gegenüber den beschäf-tigten sehr gering. Einen Teil Schuld an diesen Zu-ständen trug die organisatorische Zerstückeltheit. In Düsseldorf bestand vom Jahre 1924 eine Bauorganisation. Sie ist erfreulicherweise im vorigen Sommer geschlossen zu unserm Bund übergetreten. Am 10. April waren die Fachgruppen-vertreter unseres Bezirks in Düsseldorf zu einer Konferenz versammelt und stellten über die Werkarbeit, über den Ab-schluß von Tarifverträgen, sowie in der Lehrlingsfrage Ab-stimmungen an. Unter Beachtung der Richtlinien soll nun jeder Fachgruppe auch in Düsseldorf gearbeitet werden.

Töpfer und Glaserleger. Der Tarifvertrag für Berlin und Provinz Branden-burg für das Ofengefäßgewerbe ist bis zum 20. Mai 1932 ver-längert worden. In der Zwischenzeit wird verhandelt.

Ferienvertrag für Ofenheizer. Durch die Vierte Not-verordnung wurde auch der von den Unternehmern zum 31. Dezember 1931 gekündigte Ferienvertrag bis 30. April 1932 verlängert. Ob dieser Vertrag über diesen Zeitpunkt hinaus Geltung hat — da er nicht erneut gekündigt worden ist — ist eine Frage für sich, die dann geklärt werden muß, wenn unsere Bemühungen zwecks Schaffung eines weiteren Vertrages scheitern sollten. Wir legen größeren Wert auf den Neuabschluss eines Vertrages. Die Unternehmer lehnen aber bis jetzt jede Verhandlung ab. Wir haben daher das Reichsarbeitsministerium um Ver-tragshilfe angerufen. Die Kollegen müssen bis zur Klärung der Ferienangelegenheit auch nach dem 30. April 1932 das Kleben von Ferienmarken in der alten Höhe verlangen.

Ofenformier. Mantelarbeitenvertrag und Lohnabkommen für die Bezirke Brandenburg, Grenzmark, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg, Schlesien und Sachsen sind bis längstens 31. Mai 1932 verlängert. Sollten die Verhandlungen vor dem 31. Mai zu einem Ergebnis führen, dann treten die neuen Bestimmungen mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Politische Zeitnotizen

Ergebnis der Landtagswahlen. Die Wahlen in Preu-ßen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg zeigten, daß die Sammlung der Reaktion unter dem Hakenkreuz weitere Fortschritte gemacht hat. Aber „der Marxismus“ lebt! Er wird immer leben. Die KPD, für die der „Hauptfeind“ die Sozialdemokratie ist, hat für ihre Verräterei wieder-um eine deutliche Quittung, eine klaffende Ohrfeige be-kommen. In Hamburg haben die Kommunisten neun Mandate verloren, während die Nazis acht gewonnen haben. Weiterer Vorrück der Kommunisten ins Hiltler-lager! Hamburg hat erst im vorigen Jahre gewählt. Die Regierung — der Senat — hatte keine Mehrheit. Jetzt hat sie wieder. Sie braucht auch nicht die Dingeldeyer. Die Hamburger Sozialdemokraten haben drei Mandate ge-wonnen, die Staatspartei vier, so daß man — und deshalb sei Hamburg zuerst genannt — von einem Linkserfolg sprechen kann. Die Regierung der Weimarer Koalition in Hamburg steht fest! — Die Preußen wahlen haben selbstverständlich die weitaus größte Bedeutung. Preußen ist zwei Drittel des Reichs. Mit rund acht Millionen Stim-men sind die Nazis in Preußen die weitaus stärkste Partei. Eine Warnung besonders für die KPD. Neben den Deutschnationalen mit 1,5 Millionen Stimmen und den Nazis gibt es in Preußen bürgerliche Reichsparteien so gut wie keine mehr. Die Reichspartei und die Wirtschaftspartei sowie die Splittergruppen sind zusammengesunken worden. Die gesamte Reaktion (sammtlich links) ist zerfallen. Die Kommunisten haben — mit Ausnahme in Bayern — in keinem Land ihre Stimmenzahlen halten können. Die Zentrumspartei bestreift überall ihre Festigkeit. In Preußen liegt die Entscheidung beim Zentrum. Nach links kann es aber keine Mehrheit bilden, weil die Kommunisten für eine Mehrheitsbildung nicht in Betracht kommen. In Preußen werden nun die Kommunisten offen Farbe be-kennen müssen. — Es verdient noch bemerkt zu werden, daß die Sozialdemokratie in Groß-Berlin wieder die stärkste Partei geworden ist. Bei der letzten Reichstagswahl hatte die KPD in Berlin nur 1000 Stimmen mehr erzielt als die Sozialdemokratie. Nun hat sie über 91 000 Stimmen ver-loren; in ganz Preußen beträgt ihr Verlust über 300 000 Stimmen. Die SPD hat sich gut gehalten. Ihr Verlust — so bedauerlich er ist — ist gegenüber der letzten Reichstagswahl gering. Im neuen Preußen-Landtag werden u. a. wahrscheinlich 93 Sozialdemokraten, 162 Nazis, 67 Zentrumspartei, 67 Kommunisten sitzen. — In Anhalt hat sich das Kräfteverhältnis verschoben. Dort kommt eine Reichsregierung aus Ruder. — Ueber Bayern liegen genaue Nachrichten noch nicht vor. Es wäre dort möglich, eine Regierung nach links zu bilden, wenn die Bayerische Volkspartei mit den Sozialdemokraten Hand in Hand ginge. — Auch das Ergebnis der Wahlen in Württemberg entspricht im allgemeinen dem, was über die anderen Wahlen gesagt wurde, mit dem we-nigen geringen Abweichungen. — Auch in Wien wurde gewählt. Dort gibt es keine Kommunisten. Deshalb in allen Bezirken starke sozialdemokratische Mehrheiten.

Verhagelter Volksentscheid in Sachsen. Der von den Kommunisten eingeleitete, von Deutschnationalen und Nazis unterstützte Volksentscheid auf Auflösung des Landtages ist am 17. April durchgeführt. Das Abstimmungsergebnis zeigt einen starken Rückgang der bei den Reichspräsidenten-wahlen abgegebenen Nazi- und Sozialstimmen. Nur etwa 26 % aller Stimmberechtigten haben sich an diesem Volks-entscheid beteiligt. Ein fürchterlicher Reinfall!

„Gegläutert“ Volksentscheid in Oldenburg. Auch in diesem kleinen Staat hatten Nazis und Nazis einen Volks-entscheid auf Auflösung des Landtages betrieben. An der Abstimmung hat sich allerdings nicht einmal die Hälfte aller Stimmberechtigten beteiligt, aber merkwürdigerweise genügt in Oldenburg zur Auflösung des Landtages die Mehrheit der abge-gabenen Stimmen. Da nur verhältnismäßig wenige Nazi-Stimmen abgegeben wurden, ist auf diese Weise der Volksentscheid „geglückt“. Auch bei dieser Abstimmung zeigte sich ein starker Rückgang der radikalen Stimmen.

KPD für Reichsbannererwerb. Die badische Landtags-fraktion der KPD hat gleichzeitig mit den Nazis im Land-

Kollegen! Nach den Bestimmungen der Vierten Notverordnung gibt es für solche Unfallschäden nach 2 Jahren keine Entschädigung mehr! Deshalb mehr denn je: Kampf dem Unfallteufel! Besserer Bauarbeiterschutz!

Aus den Baugewerkschaften

Dieses. Im November vorigen Jahres unternahmen wir Schritte, daß das Arbeitsamt uns bei der Fortbildung unserer jugendlichen arbeitslosen Maurer unterstütze. Es dauerte lange, ehe es so weit war. Anfang März begannen wir mit einem sechsmonatigen Kursus. Das Arbeitsamt unterstützt uns finanziell, die Stadtverwaltung stellt einen Raum zur Verfügung. Die Teilnehmer waren sämtlich Krüppel- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger im Alter von 19 bis 25 Jahren. Die Kurse wurden allmählich an zwei Nachmittagen abgehalten. Für den theoretischen Unterricht war als Lehrer ein Architekt gekommen. Die praktische Arbeit bestand aus Modellieren mit Korksteinen. Alle Teilnehmer waren mit Lust und Liebe dabei. Lichtbil-derränge über Baukunst und Baugeschichte in 5000 Jahren und Unfallverhütungsbilder im Baugewerbe bilden den Abschluß. Wir werden in diesem Sinne weiter arbeiten. Darum Jugendlichkeits, kommt, wenn wir rufen. Aber auch ihr Altten kommt mitfesseln!

Verfälschter Sturm gegen Reichsbanner und Eisenerne. Nachdem von der Reichsregierung die SWL- und ES-Banden aufgelöst worden sind, schreit die gesamte Re-aktion von Westfalen-Ostpreußen bis zu Jugenbergs-Dingeldey nach dem Verbot des Reichsbanners und der Eisernen Front. Ganze Berge von Material haben sie zu-sammengeschoben und dem Reichspräsidenten unterbreitet. Der hat es „zur weiteren Prüfung“ dem Reichsinnen-minister zugewiesen. Mit dem Material will die Reaktion beweisen, daß das Reichsbanner wie die SWL eine militärisch-gelebte, Terror ausübende Organisation sei, „den Staat bedrohe“ (!!!) und infolgedessen gleichwertig der SWL und ES. Siliters behandelt werden müsse. Angehener intensio ist der Sturm von rechts angelegt, ein Pressefeldzug ist in Szene gesetzt worden, als ob es sich um Reparationsfragen handelte. Die Leute in der Reichsregierung betrogen sich unter diesem Stommelfeuer. Der Reichsinnenminister kann sich ebenfalls nicht dem Presse- und Eingebensrum entziehen. Auch er prüft und prüft, und fährt sogar extra an den Bodensee zum Reichskanzler, um ihm „Bericht“ über das Ergebnis der Prüfung zu geben. Dabei gibt's eigentlich nichts zu prüfen. Die endgültige Beschlußfassung ist — wohl wegen der Wahlen — ausgesetzt worden. Jeder weiß, daß es kein Material über ein den Staat bedrohendes Reichs-banner gibt. Wahrscheinlich weiß es nur die Reichsregie-rung nicht. In Deutschland ist aber kein Ding unmöglich...

Die Eintrittspreise bei Hiltler. Wie hoch die Pflich-gebühren bei Hiltler-Kundengebühren sind, dafür ein Beispiel aus Essen. Dort kostete ein gewöhnlicher Gehplatz auf der Zentralstraße 50 Pf. Unnummerierte Sitzplätze im Innern des Stadions vor der Rednertribüne kosteten 5 A. Für nume-rierte Sitzplätze in unmittelbarer Nähe der Rednertribüne wurden Karten zu 20 und 50 A. ausgegeben. Wenn Hiltler seine Anhänger derartig ruft, so kann man mit ihnen kein Mitleid haben. Wer ein Vergnügen haben will, der soll auch zahlen. Das ganze zeigt aber, ein wie kluger Ge-schäftsmann „Arbeiterführer“ Hiltler ist. Möge er seine Schätze in dieser Weise weiter fördern!

Schweden führt die Bankenaufsicht ein. Durch den un-geheuren Schaden, den Schweden durch die Schließungen Kreuzers erlitten, ist man dort klug geworden. Schweden hatte diesem Herz des Privatkapitalismus restlos vertraut. Man war stolz auf diesen großen Mitbürger, der dem schwedischen Kapital in der Welt eine Gasse gebahnt hat. Nach dem Tode Kreuzers hat man erfahren, daß vieles auf Trug und Schein aufgebaut war. Daraus die Lehre ziehend, will Schweden den seit 1926 unbefestigten Posten eines In-spektors für Bankangelegenheiten wieder besetzen und dem Reichstag eine Regierungsvorlage über verschärfte Banken-aufsicht unterbreiten. Wraoo!

Achtung: neu! GEG JAKA rundliche M. GEG-Smarra zu 2 1/2 Pf. GEG-Iris ... zu 3 1/3 Pf. GEG-Phantis zu 4 Pf. GEG-Neptun ... zu 4 Pf. stets frisch in Ihrem KONSUMVEREIN!

Abrechnung des Deutschen Baugewerksbundes für das Jahr 1931.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Einnahmen total: 8.843.947,45 M. Ausgaben total: 8.843.947,45 M.

Table with columns for 'Einnahmen' and 'Ausgaben'. Einnahmen total: 8.843.947,45 M. Ausgaben total: 8.843.947,45 M.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Einnahme: 8.343.947,45 M. Ausgabe: 14.696.560,84 M. Mehrausgabe: 6.352.613,39 M.

Berlin, den 16. April 1932. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kapitalistinnen und Belegten übereinstimmend befunden.

Die Revisoren: C. Hellmuth, Aug. Wartenberg, Wilh. Falz. Für den Bundesvorstand: Philipp Werner.

Allgemeine Rundschau

Auf zur Meißel! Der Vorstand des DGB, der Vorstand des IFA-Bundes und der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, wenden sich in einem gemeinsamen Aufruf an alle deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, sich geschlossen an den diesjährigen Reichstag zu beteiligen.

verweist auf seine Erfindung. Stets neue Spaltungen erschaffen seine Grundlagen. Die 'Jugendfront' sollte der SPD im Einheitsverband gibt nun schon ein reiches Organ der revolutionären Opposition im Industrieverband für das 'Baugewerbe' heraus.

Soll man jetzt bauen? Auf diese Frage antwortet Dr.-Ing. Donhoff in der 'Kämpferischen Zeitung' vom 4. April mit Gründen, die für das Bauen sprechen.

Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 24. bis 30. April ist der 18. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

gesamte deutsche Wirtschaft einen neuen An- und Auftrieb gewinnt. In den Gemeinjahre privater Bauinteressen zu appellieren, hält er für unmöglich. Er weist daher auf die Vorteile hin, die das Bauen, einzelner oder gemeinsamer Bauern, in der heutigen Zeit bietet und verweist nachdrücklich auf die niedrigen Baukosten.

Bücher u. Schriften

Neue Blätter für den Sozialismus. Alfred Brötel Verlag, Potsdam. Preis 1,20 M. Das Aprilheft bringt einen interessanten Aufsatz über die unerschöpflichen Möglichkeiten im Bauwesen.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

esse unserer arbeitslosen Kollegen vollen Erfolg. Die hier angeführten Gründe, die für das Bauen sprechen, haben wir im 'Grundstein' seit langem vertreten und bei jeder passenden Gelegenheit betont.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Ernst Müller, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt. Brandenburg. Friedrich Mebes, Hilfsarb., 57 Jahre. Breslau. Wilhelm Glöckner, Hilfsarbeiter, 63 Jahre. Grimmlinghau. Gustav Demmler, Maurer, 65 Jahre. Dresden. Friedrich Schmidt, Maurer, 78 Jahre alt. (Weißig.) Bruno Schöne, Maurer-Botler, 48 Jahre. Eilen. Paul Lorenz, Bucher, 68 Jahre alt. Zantenberg. (Hainichen). Rud. Glitzner, Cement. 65 J. Gütrow. Fritz Brandt, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt. Helmstedt. (Königsruler). H. Reimann, Hilfsarb., 36 J. Leipzig. (Lauda). Emil Pötzcher, Hilfsarb., 48 Jahre. Ernst Richter, Hilfsarbeiter, 81 Jahre alt. Marienwerder. (Marienburg.) Albert Wischniewski, Hilfsarbeiter, 37 Jahre alt. Müllrich. (Dammern). Adolf Lindner, 22 Jahre alt. Münden. Karl Billmeier, Hainder, 66 Jahre alt. Heinrich Gegenfurtner, Maurer, 37 Jahre alt. Franz Huber, Hilfsarbeiter, 76 Jahre alt. Johann Kraus, Hilfsarbeiter, 29 Jahre alt. Johann Maier, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt. Mathias Niedermeyer, Dachdecker, 59 Jahre alt. Josef Schatz, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. Martin Schropp, Maurer, 75 Jahre alt. Ludwig Söllner, Hilfsarbeiter, 39 Jahre alt. Josef Stangl, Töpfer, 57 Jahre alt. Thomas Wastian, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Neudorf. (Hainichen). Max Döcke, Dienstformier, 67 Jahre. Schwesing. (Randsburg). W. Maas, Maurer, 24 Jahre. Steffin. Ferdinand Freygang, Töpfer, 81 Jahre alt. Wilhelm Metzner, Maurer, 60 Jahre alt. Gedenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter

(Zusufuhrkasse) Hamburg 25, Wallstraße 1, I. Alle neu- und wiedererkrankten Ortsvereinsmitglieder sind hiermit ersucht, 3 R. 17. 1/2 bis 3 R. 17. 1/2 zu zahlen.

Verbandslisten, Gummiwaren, Realiste Bezugsquelle, Neue Gänsefedern

Verbandslisten, Gummiwaren, Realiste Bezugsquelle, Neue Gänsefedern. von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt Pfd. 2,50, allerb. Qualität 3,-, nur kleine Federn (Hühner). 4,25, 7, Daunen 6,-, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerb. 7,-, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.

Verlag 'Die Arbeiter' Berlin. Preis 1,20 M. Ein Heft über die Bedeutung des Bauwesens für die Arbeiterbewegung.